



Nr. 7/8

Juli/August 1973

2 Schilling

Die Gesellschaft verändern

In einer Zeit, in der die sozialistischen Parteien und die Arbeiterorganisationen so stark und mächtig geworden sind, daß sie im Staat an die Stelle der einst herrschenden Kreise treten und Regierungsfunktionen übernehmen konnten, müssen sich Sozialisten vor allem der Aufgabe bewußt bleiben, eine neue Welt zu bauen.

Wir wollen die Gesellschaft, in die wir hineingeboren worden sind, ja verändern — nicht aber einfach die Machtpositionen konservativer Vorgänger bloß selbst besetzen. Nicht Macht und Besitz für sich selbst zu erringen ist das Ziel des Sozialismus, sondern die Menschen von den Abhängigkeiten der alten Gesellschaft zu befreien und ihnen die volle Entfaltung ihrer freien Persönlichkeit zu sichern.

Darum haben die Sozialisten in der gegenwärtigen Phase der gesellschaftlichen Umgestaltung die Pflicht, die Arbeiterbewegung nicht in den Sog materieller Konsum- und Genußbefriedigung hineinziehen zu lassen, sondern den Idealismus und damit die Seele der sozialistischen Bewegung zu stärken.

Gerade hier aber liegen die Grenzen so vieler, die sich Sozialisten nennen; auch jener, die glauben, die selbstverständlichen und daher zweifellos vorhandenen Probleme einer kommenden sozialistischen Gesellschaft mit fertigen Modellen beantworten zu sollen. Erkenntnis allein und selbst eine sich anschließende Anerkennung genügen ebensowenig wie die stete Wiederholung erarbeiteter Thesen, um einen Sozialisten zu machen. Dafür ist vielmehr seine Wertsetzung und die Zielbestimmung seines Wollens entscheidend.

Sozialisten dürfen sich nicht der Illusion hingeben, zu glauben, daß alles von einer Art zwangsläufiger Entwicklung erwartet werden könne und es daher genüge, die politische Tagesarbeit zu organisieren. Im Gegenteil — Sozialismus bedeutet in der heutigen gesellschaftlichen Situation entschlossene Haltung und höchste Aktivität des politisch informierten Menschen, um eben diese Gesellschaft zu verändern. Jenes Menschen, der aus seiner wissenschaftlich fundierten, kritischen Betrachtung der Geschehnisse zu immer klareren Formulierungen der Grundzüge seines Handelns kommt. Diesen politisch informierten Aktivisten innerhalb unserer Sozialistischen Partei formen zu helfen, ist für die sozialistischen Freiheitskämpfer

Aufgabe und Verpflichtung!

Mauthausen – Lehren, Verpflichtung

Anläßlich des Jahrestages der Befreiung der Insassen des Konzentrationslagers Mauthausen und seiner Nebenlager fand am 6. Mai 1973 eine Gedenkkundgebung statt, bei der auch unser Bund durch eine starke Delegation vertreten war. Zu dieser eindrucksvollen internationalen Kundgebung waren Delegationen aus fast ganz Europa gekommen, und auch das Diplomatische Korps war zahlreich vertreten. Die Gedenkansprache hielt Bundesminister Genosse Dr. Fred Sinowatz. Seine Ausführungen sind im Hinblick auf das Referat, das er auf unserer Bundeshauptversammlung 1973 gehalten hat, von besonderer Bedeutung.

Die Menschen, sagt man, vergessen historische Katastrophen oft erstaunlich leicht. Sie, die eben selber Leiden überstanden haben, zukunfts gern mit den Schultern, wenn sie von den Leiden fremder Völker und Volksgruppen, von der blutigen Unterdrückung von Rassen oder Klassen, von politischen Morden und Terror, von Bürgerkrieg und Menschengräuberei hören.

Aber wer nach Mauthausen kommt, der wird die historische Katastrophe, an die dieses KZ erinnert, sein Lebtage nicht vergessen können.

Mauthausen, heute eine riesige Mahn- und Gedenkstätte, die totenstarr wie ein Stück Mondlandschaft auf der Erde daliegt — dieses Mauthausen war damals eine gräßlich betriebene Todesfabrik. Wäre damals ein Wesen von einem anderen Stern hergekommen und hätte ohne Kenntnis und Verständnis der Motive das Massenmorden beobachtet, es hätte annehmen müssen, hier habe die Spezies Mensch ihre eigene Vernichtung beschlossen. Aber der Faschismus war ja tatsächlich so etwas wie der fleischgewordene Wille zur Unmenschlichkeit.

Welche Bilder des Grauens!

Uniformierte Bewacher, mit Hakenkreuz auf Kappe und Brust, die abgezehrte Menschen in gestreiften Drillichen jagen, prügeln, töten. Rauchende Verbrennungsöfen. Eine Musikkapelle kahlgeschorener Häftlinge, die mit flotten Weisen die Delinquenten zur Hinrichtung begleiten muß.

Menschen, die über die Wände eines Steinbruchs in die Tiefe gestoßen werden. Menschen, die unter der Last schwerer Steine zusammenbrechen und unter Flüchen getötet werden.

Kriegsgefangene, die man bei Minusgraden so lange mit eiskaltem Wasser überschüttet, bis sie tot sind. Schreckensszenen in den Gaskammern.

Da ist der Sohn des Lagerkommandanten. An seinem Geburtstag stellt der entmenschte Vater 40 Häftlinge vor ihn hin und gibt ihm einen Revolver. Der Sohn erschießt alle vierzig, einen nach dem anderen! Schule der Kaltblütigkeit — ein junger Faschist muß lernen, ungehört auf lebende Zielscheiben zu schießen.

Wäre es da richtig zu sagen, das ist eben das Böse im Menschen? Wäre es richtig, in mystischer Weise zu philosophieren und zu sagen: Das ist eben der doch vorhandene Todestrieb der Art Mensch, das ist die Fehlkonstruktion Homo sapiens, die sich selbst vernichten will?

Wir haben in den Jahren, die seit der Befreiung unseres Landes durch die Alliierten und

seit der Befreiung dieser Welt vom Zweiten Weltkrieg vergangen sind, gelernt, die Dinge differenziert zu sehen. Wir beginnen immer klarer eine deutliche gesellschaftspolitische Antwort auf die Frage zu geben, warum es zu den Konzentrationslagern, zur geplanten physischen Vernichtung großer Menschengruppen gekommen ist.

Dieser Nationalsozialismus ist nur scheinbar als Naturkatastrophe über die Welt gekommen. Wir kennen heute ziemlich genau seine sozialen und politischen Motivationen. Wir wissen heute, daß Rassismus prinzipiell blutiger Unsinn ist, daß er nur der Bemäntelung und Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen dient, daß er immer ein verbrecherisches Ablenkungsmanöver von den wahren Fragen der Gesellschaft ist.

Wir wissen, daß faschistische Diktaturen, die im Namen des Volkes sprechen, dieses Volk knechten, entrechten und in den Abgrund führen.

Mehr als 110.000 Menschen sind in Mauthausen vergast, erschossen, erschlagen, erhängt, von sadistischen SS-Leuten auf erfinderische Weise zu Tode gefoltert und von Hunden zerfleischt worden: Viele zehntausende Häftlinge aus östlichen Ländern, Russen und Angehörige der anderen Völker der UdSSR, aus Polen, Ungarn, Jugoslawien, viele tausende Häftlinge aus Frankreich, Spanien, Italien, Tschechen, Slowaken, Griechen, deutsche Antifaschisten, Belgier, Österreicher, Holländer, Staatsbürger der USA, Luxemburger, Briten, Staatsbürger anderer Länder und Staatenlose.

Vor 28 Jahren sind hier die Überlebenden des Infernos — mehr als 80.000 Häftlinge — in der Endphase des Zweiten Weltkrieges befreit worden. Die amerikanischen Befreier kamen vom Westen, die Rote Armee drängte vom Osten heran. Die überlebenden 80.000 — eine von Freude geschüttelte Armee von Skeletten. Viele starben an den erlittenen Qualen noch in der Stunde der Befreiung; ja unmittelbar nach der Befreiung starben täglich noch immer 300 bis 400 Häftlinge an Erschöpfung!

Die damals im Jahre 1945 noch überlebt haben, haben sich geschworen, niemals zu vergessen. Sie sind in ihre Heimatländer zurückgekehrt und haben seither mit aller Leidenschaft darüber gewacht, daß keine neue Barbarei über die Welt hereinbrechen möge, woher immer sie auch komme.

Die Welt hat hier aus Mauthausen und aus den anderen Konzentrationslagern des Hitlerreiches ihre vielleicht tiefste politische Lehre gezogen. Das ist der unvergängliche internationale Aspekt von Mauthausen, die Toten dieses KZ mahnen, in aller Welt, in jedem Lande aufzutreten gegen Brutalität und Haß, gegen die Propagierung der Aggression, gegen die Unmenschlichkeit faschistoider Konzepte ebenso wie gegen den „kleinen Faschismus“, den

Faschismus des Alltags, wie er sich oft in halbverdeckter, versteckter Weise in Vorurteilen und Intoleranz manifestiert.

Die Internationale dieser humanen Gesinnung in Ost und West kämpft leidenschaftlich dafür, daß die Lehren dieser historischen Katastrophe niemals in Vergessenheit geraten. Die Internationale des Antifaschismus ist eine pädagogische, mit dem Blut der Ermordeten bezahlte Errungenschaft unserer Gegenwart.

Den KZ-Verbänden in aller Welt gebührt daher unser aller Respekt — sie sind die klarsten Gegner jeder terroristischen Einschüchterung des Menschen, sie sind das Gewissen der Menschlichkeit!

Ich möchte aber auch als österreichischer Unterrichtsminister ganz speziell aus der Sicht unseres Landes ein paar Worte zu Mauthausen sagen. Dieses Lager ist eine Schande für den Erdboden gewesen, auf dem es errichtet worden ist. Dieses KZ Mauthausen ist im Jahre 1938 auf österreichischem Boden gebaut worden, in einem Land also, das vom Hitlerfaschismus vor genau 35 Jahren vergewaltigt worden war. Erst diese gewaltsame Auflösung Österreichs durch die deutschen Nationalsozialisten hat das spätere KZ Mauthausen möglich gemacht.

Im Jahre 1938, vor rund einem Menschenalter also, ist die Katastrophe über unser Land hereingebrochen. Warum es so gekommen ist, wieso dieses Land einer Verbrecherbande in die Hand fallen konnte, darüber herrschen heute unter allen Demokraten — unter vernünftigen Menschen also — keine Zweifel mehr. Österreich war in seinem inneren Widerstand gegen den deutschen Faschismus längst geschwächt gewesen. Durch die Weltwirtschaftskrise, durch die Ausschaltung der Demokratie, durch die politische Entrechtung eines bedeutenden Teiles der Bevölkerung.

Ich glaube, daß man dem Österreich von heute einen schlechten Dienst erwiese, wollte man behaupten, daß das Österreich von 1938 wie ein Mann der Hitlerbarbarei entgegengestanden sei. Es wäre falsch, vertuschen zu wollen, daß damals nur allzu viele unserer Landsleute dem faschistischen Besatzer recht vertrauensselig entgegengekommen sind. Wirtschaftliche Not — wobei die Wirtschaftskrise als Schicksal angesehen wurde —, soziales Elend, das unabsehbar schien, die Abwertung der Demokratie und politisches Analphabetentum großer Bevölkerungsgruppen, kurz: ein gestörtes Bewußtsein weiter Teile der Nation — das war die breite Einfallspforte, durch die 1938 der deutsche Faschismus trotz der verzweifelten Gegenwehr der bewußten österreichischen Antifaschisten einmarschieren konnte.

Äußerlich mochte es scheinen, als ob hier ein Volk willig einem brutalen Eroberer erliege — in Wahrheit erlag ein verwirrtes Volk sich selbst, seiner Uneinigkeit, seinem Nichtwissen um seine demokratischen Möglichkeiten.

Auf dem Boden der sogenannten Ostmark wurde dann das KZ Mauthausen errichtet. Hier

pflanzte der siegreiche Faschismus seine Zwingburg, sein Todeszeichen auf. Mauthausen, Stätte der Massenvernichtung und steingewordener Ausdruck der Ohnmacht eines Volkes, das sich hatte überrumpeln lassen.

Nichts kann die Leiden der damaligen Häftlinge wieder gutmachen. Aber wir Österreicher können und müssen eines tun: Mit unserer Arbeit dafür zu sorgen, daß keine Barbarei in unserem Land jemals wieder eine Chance hat. Nur geistig gerüstete, informierte, politisch mündige Menschen sind starke Staatsbürger. **Und daraus folgt praktisch, daß wir alles zur Pflege des Schulwesens und der Bildung, vor allem aber der politischen Bildung, tun müssen.**

Ich denke, der heutige österreichische Staat hat die Lehren von Mauthausen verstanden. Österreich unternimmt gegenwärtig in sehr konkreter Form die größten Anstrengungen, um sozial und regional bedingte Erziehungsschranken zu beseitigen. Wir sind dabei, die Bildungsprivilegien abzubauen. Wir bemühen uns wie nie zuvor um die Entwicklung demokratischer Bewußtseinsprozesse in den Unterrichtsstätten und in der Erwachsenenbildung.

Zeitgeschichte und politische Bildung haben endlich in unseren Schulen Eingang gefunden. Die Erziehung zur Demokratie wurde zu einem Unterrichtsprinzip, das in allen Gegenständen beachtet werden muß.

Ich weiß, daß wir bei der Durchsetzung dieser großen pädagogischen Aufgabe immer noch auf Widerstände stoßen, auf Vorurteile, Intoleranz und bewußte Vergeßlichkeit. Die Scheu, unsere jungen Menschen mit dem schrecklichen Geschehen des Faschismus zu konfrontieren, ist immer noch da.

Ich weiß das sehr wohl! Aber ich weiß auch um die Aufgeschlossenheit des großen Teiles unserer Jugend. Diese Jugend ist kritisch — zum Glück! Sie kennt weit weniger Vorurteile als ihre Eltern, und wir freuen uns darüber!

Wir werden alles tun, um in der österreichischen Schule den Prozeß einer vernünftigen, politischen und vorurteilsfreien Demokratisierung zu beschleunigen.

Denn die Antifaschisten der ganzen Welt rufen zu Recht auch uns ihr „Niemals vergessen“ zu — das heutige österreichische Erziehungswesen wird alles tun, um dem Sinn dieser Parole zu entsprechen!

Nicht der Vergangenheit verhaftet zu bleiben, aber bei der Gestaltung der Gegenwart die Lehren der Vergangenheit zu beachten.

Für die Zukunft mit allen Fasern unseres Herzens zu wirken, aber stets jener Opfer zu gedenken, die für den Geist der Menschlichkeit sterben mußten: in Dachau, in Auschwitz, in Buchenwald — und hier in Mauthausen!

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

Verzeihen – ja Vergessen – nein!

Es gibt Tage in der Geschichte eines Volkes, an die zu erinnern Verpflichtung ist; ein solcher Tag war der 4. März 1933. Und es gibt Entwicklungen und Ereignisse, bei deren Gedenken die Seele noch immer „kochen“ darf, weil sie Unheil und Unglück über ein Volk gebracht haben — mutwillig und verantwortungslos heraufbeschworen. Und das gilt in vollem Maße für diesen unheilvollen Tag* und das Jahrzehnt, das ihm vorangegangen ist.

Gemeinsam wurde nach der Ausrufung der Republik der Grundstein für ein neues Staatswesen gelegt, das vor ganz gewaltigen Aufgaben stand. Ein unvorstellbares Chaos, Not und Elend herrschten wie nie zuvor. Aber trotz der Leistungen beim Neuaufbau, bei dem die Sozialdemokratische Partei ihre besten Kräfte einsetzte und sie auf allen Gebieten schöpferisch aktiv und hingebungsvoll tätig war, machte die anfangs eingeschüchterte und nüchterne, bald aber wieder erstarrende bürgerliche Reaktion die Mitarbeit unmöglich, und die rot-schwarze Koalition zerbrach nach fast zweijährigem fruchtbarem Bestand.

Es ist heute müßig zu prüfen, ob der damalige Austrittsbeschluß richtig war. Jedenfalls aber war es so, daß seit den Wahlen vom 17. Oktober 1920 (fast zwei Jahre nach der Gründung der Republik) bis zu deren unglücklichem Ende eine immer abenteuerlicher werdende bürgerliche Einheitsfront in verbissener Verbundenheit gegen uns kämpfte und regierte; unter christlich-vaterländischer Maske und Marke. Und sie stemelte uns mit dem Stigma des radikalen „Marxismus“, worunter sich Bürger und Bauern nur ein ganz teuflisches Sinnen und Beginnen vorstellten. Die österreichische Arbeiterschaft stand in ihrer weitaus überwiegenden Mehrheit treu und kampfbereit hinter ihrer Sozialdemokratischen Partei.

Dagegen bereitete die polare Entwicklung zu zwei sich stets weiter auseinander manövrierenden Bevölkerungsteilen den „Antimarxisten“ keinerlei Sorge; ohne Bedenken weiteten sie durch ihre Politik und ihre zunehmend brutalen Methoden diese verderbliche Kluft immer bedenkllicher aus, wobei die Heimwehrführsten, Grafen, Barone und einige ausgesprochene Desperado-Existenzen, den Exponenten des Systems, Seipel und Dollfuß, hemmungslose Stoßkraft verliehen.

Es muß aber hier gesagt werden, daß der im Jahre 1923 von der Partei aufgestellte Republikanische Schutzbund — allen Herausforderungen trotzend — stets in betonter Defensivstellung verharrte und wirkte.

Von Mussolini gedeckt und gestärkt, öffneten die Heimwehren ihr antidemokratisches Visier und legten am 18. Mai 1929 in einer provozierenden Heerschau den „Korneuburger Eid“ ab, der ihre Bereitschaft zum Entscheidungskampf und zum Verfassungsbruch offen manifestierte: Es gab dauernd Schlägereien, Zusammenstöße, Putschversuche und Blutopfer. Ein bürgerkriegsähnlicher Zustand war eingetreten, der Böses ahnen ließ. Die Warnungen der Sozialisten und von besonnenen Einzelgängern auf der anderen Seite gingen ins Leere; freche Provokationen und dreistes Landsknechtstum waren Trumpf. Unmut, Empörung und Ungeduld waren die natürliche Folge auf Seite der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokraten mahnten in

allen Kundgebungen zur Disziplin. Die Partei hielt Maß und Zucht, und die Menschen hielten ihr die Treue. Noch bei den Wahlen am 9. November 1930 ging die Partei als Siegerin hervor; 72 Sozialdemokraten standen 66 Christlichsoziale, 19 Großdeutsche und Landbündler und 8 Heimatblockmänner gegenüber.

Das „Rote Wien“ mit seinen gewaltigen Aufbauleistungen war ein stechender Dorn in den Augen der Reaktion. Und die Parolen vom „Marsch auf Wien!“ und „Die Köpfe müssen rollen!“ zeugen wenig von christlicher Sanftmut und adeliger Gesinnung. Und die Verantwortungsbewußte, weise Mäßigung auf unserer Seite wurde dazu als Schwäche ausgelegt; die Abenteuerlust der sturen Antimarxisten steigerte sich immer mehr. Seipel trat ab, der „Milli-Metternich“ Dr. Dollfuß wurde schließlich Chef der Regierung. Schneid und Aggression waren die kompensatorischen Faktoren seiner physischen Erscheinung.

Nun geht es hart auf hart! Dollfuß wird immer mehr und mehr der Gefangene einer hemmungslos-antidemokratischen Kamarilla: Fey, der vor nichts zurückschreckende Heimwehrmajor, wird als Staatssekretär für das Sicherheitswesen in das Kabinett aufgenommen, das politische Klima erhitzt sich von Woche zu Woche, und da und dort gibt es Tote! Trotz der zunehmenden Not (die Arbeitslosigkeit hat ihren Höhepunkt erreicht!) ist unsere Partei intakt. (Unser Linzer Parteiorgan „Das Tagblatt“ kennzeichnet in seiner Nummer vom 4. Jänner 1933 das herrschende Elend mit folgendem Satz: „Der Gashahn wird von Tag zu Tag, von Nacht zu Nacht immer mehr zur Ultima ratio für jene, die, an allem verzweifelnd, dieses ihnen zur Last und Qual gewordene Dasein nicht mehr tragen zu können vermeinen.“)

Der Parteitag vom 13. bis 15. November 1932 zeigte die österreichische Sozialdemokratie nach ernsten und von höchster politischer Moral und Einsicht getragenen Referaten der Genossen Dr. Renner und Dr. Bauer in voller Einigkeit und Entschlossenheit.

Ich darf hier einfügen, daß ich diese kritischen Jahre in Wien und in Linz in exponierter Stellung als Klubmitglied und Obmann-Stellvertreter der oberösterreichischen Landespartei direkt miterlebte. Ich war im Jahre 1930 in den Nationalrat gewählt worden, und als viel eingeladener Referent war ich in allen Teilen der Republik tätig.

Am 12. November 1932 sprachen zum Staatsfeiertag die Genossen Dr. Friedrich Adler, Dr. Otto Bauer und ich zu den aufgeregten Menschenmassen in Linz, und man kann heute nur staunen, daß es damals noch gelang, die gepeinigten und auf die härteste Probe gestellten Menschen vor Ausbrüchen zu bewahren und zur Disziplin zu verhalten. In Wels hatte Dr. Steidle in einer Kundgebung der Heimwehrführer nach der Diktatur des Rechtsfaschismus gerufen und dessen Notrecht proklamiert. Major Fey provozierte ganz bewußt durch Waffensuchaktionen in Arbeiterwohnungen, Partei- und Kinderfreundeheime wurden zerstört, Turnhallen des ATSV geplündert, und es gab Gewalttaten und Exzesse allenthalben. Inmitten dieser Zügellosigkeiten drohte der Triumph des Nationalsozialismus in Deutschland stürmisch über die Grenzen und erregte durch zusätzliche, oft noch brutalere Aktivität die Gemüter. Ein aus rein wirtschaftlichen Gründen ausgebrochener zweistündiger Eisenbahnerstreik führt zu Verhaftungen und Dienstenthebungen, wobei die Regierung auf den berüchtigten § 14 der kaiserlichen Verordnung vom Jahre 1914 zurückgreift, das sogenannte „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“. Ein Gesetz, das, wie der Name ja ausdrücklich besagt, für die Kriegszeit bestimmt war, wurde ausgegraben und von

* Vor 40 Jahren hat der Austrofaschismus durch den damaligen Bundeskanzler Dr. Dollfuß und seine Hintermänner den österreichischen Nationalrat ausgeschaltet und damit offen jenen verhängnisvollen Weg beschritten, der Österreich geradewegs in die Hölle des Faschismus führte. Auf einer Kundgebung zum Gedenken an jenen 4. März 1933, zu der der Parteivorstand eingeladen hatte, gab Genosse Dr. Ernst Koref, Augenzeuge des Geschehens von damals, einen umfassenden Bericht, den wir hier wiedergeben.

nun an „zum Umbau des Staates“ mißbraucht; die Nebenregierung der Heimwehr diktierte den Kurs.

Nun verlangte die Sozialdemokratische Partei angesichts der infolge der brutalen Unterdrückung des kurzfristigen Eisenbahnerstreiks entstandenen innenpolitischen Erregung die sofortige Einberufung des Nationalrates. Der Präsident Dr. Karl Renner berief sie für den 4. März 1933, 15 Uhr, ein.

Im Sitzungssaal herrschte höchste Erregung. Sie galt dem Dringlichkeitsantrag unserer Partei, die Disziplinierungsmaßnahmen gegenüber den Eisenbahnern zu annullieren, und gipfelte in einem Mißtrauensantrag gegen die Regierung Dollfuß. Die Debatte verlief begreiflicherweise äußerst stürmisch. Genosse König begründete ruhig und sachlich den Antrag auf Rücknahme aller verfügbaren Maßregelungen. Für die Großdeutschen, die nicht mehr der Regierung angehörten, unterstützte der Abgeordnete Dr. Schürf den Antrag. Die beiden Heimwehrabgeordneten Neustädter-Stürmer und der primitive Hetzer Lichtenegger bemühten sich in provozierender Weise, den Streik als einen politischen Willkürakt hinzustellen. (Tatsache war, daß der Generaldirektor der ÖBB — ohne Fühlungnahme mit der Eisenbahnergewerkschaft — die monatliche Auszahlung der Löhne und Gehälter in drei Raten angeordnet hatte!) Die Auszählung der Stimmen ergab das überraschende Resultat von 81 zu 80 für den Antrag König; es wurde von den Sozialdemokraten, aber auch von den Großdeutschen stürmisch akklamiert. Doch gab es — nach einer bestürzenden Unterbrechung der Sitzung — noch eine andere Überraschung: Bei der Nachkontrolle stellte sich heraus, daß zwei Stimmzettel auf den Namen des Sozialdemokraten Abram, aber dafür keiner auf den Namen des sozialdemokratischen Abgeordneten Scheibin abgegeben worden war. Die beiden Abgeordneten saßen nebeneinander! Im Pult jedes Abgeordneten lagen die auf seinen Namen vorgedruckten Stimmzettel mit Ja beziehungsweise Nein. Da beide Abgeordnete unserer Partei angehörten und Scheibin sich offenbar in der Lade vergriffen hatte, erklärte der Präsident Genosse Dr. Renner, daß keine Korrektur des Abstimmungsergebnisses notwendig sei. Daraufhin gab es auf der rechten Seite des Hauses lebhaften Widerspruch. Angesichts des Proteststurmes wollte Renner, was eigentlich eine selbstverständliche Konsequenz war, die Abstimmung wiederholen lassen, zumal auch auf der christlichsozialen Seite ein Fehler passiert war. Der Kärntner Abgeordnete Paulitsch hatte irrtümlicherweise zwei Stimmzettel erwischt. Gegen Renners Vorschlag, die Abstimmung zu wiederholen, gab es nun neuerlich tumultuösen Einspruch, da dann das für den sozialdemokratischen Antrag sich ergebende Resultat noch gefestigter erschienen wäre. Dr. Renner deklarierte nun, was sein Recht war, ex präsidio: „Die Sache ist für mich erledigt.“ Und als der Lärm noch größer wurde, fügte er in erregtem Zustand hinzu: „Es ist unmöglich, das Präsidium zu führen, wenn ein so großer Teil des Hauses den Entscheidungen des Präsidenten widerspricht. Ich lege meine Stelle als Präsident nieder.“ Die linke Seite des Hauses spendete lebhaften Beifall; doch der Lärm wurde immer größer.

Nun übernahm der zweite — von der christlichsozialen Partei entsandte — Präsident Dr. Ramek ordnungsgemäß den Vorsitz. Doch das war wieder seiner Partei offenkundig wider den Strich gegangen, weil nun Renner stimmberechtigt gewesen wäre. Ob abgekartetes Spiel oder nicht — Ramek konnte sich kaum Gehör verschaffen und demissionierte gleichfalls.

Nun übernahm der 3. Präsident, der Großdeutsche Dr. Straffner, den Vorsitz, und unter dem Eindruck des andauernden Tumultes und der Verwirrung übte er — ohne weitere Überlegung — mit seinen beiden Präsidialkollegen Solidarität und demissionierte ebenfalls, ohne daß er die Sitzung offiziell und formal geschlossen hatte.

Das war aber die für Österreich so tragische Stunde des Kanzlers Dollfuß. Er und seine bedenkenlosen Scharfmacher sahen in dieser Situation die lang-ersehnte Gelegenheit, das Parlament auszuschalten, da es sich nach der gezielten Interpretation der Austro-

faschisten „selbst ausgeschaltet“ habe. Renner und Straffner prüften gemeinsam die Lage und waren entschlossen, die Agenden des Präsidiums bis zur Neuwahl fortzuführen. Doch der Heimatblock und die Christlichsozialen blockierten auch die Ausschüsse durch Abstinenz.

Mit verbissener Konsequenz ging nun die Regierung Dollfuß den Weg des offenkundigen, geradezu plumpen Verfassungsbruches weiter. Sie wendete sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung, es handle sich um eine selbstverschuldete Parlamentskrise, aber um keine Staatskrise! Auf Grund des vom berüchtigten Sektionschef Dr. Hecht mit Perfidie ausgegrabenen kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes führte sie die Vorzensur für Zeitungen ein und erließ ein Aufmarsch- und Versammlungsverbot. Auch Fey sah seine große Stunde gekommen und erteilte den Landesregierungen strikte Weisungen. Dollfuß wußte den Schein zu wahren: Er bot dem Bundespräsidenten seine Demission an! Miklas aber, ein schwankender Mann an der Spitze des Staates, versicherte (fast einem abgekarteten Spiele ähnlich) die Regierung seines vollsten Vertrauens und sprach die Hoffnung aus, daß sie mit Ruhe und Festigkeit (!) die Geschäfte weiterführen werde. Er gab ihr den wohl ehrlich gemeinten Rat und Wunsch mit auf den abschüssigen Weg: „Die Lage im Geiste der Verfassung zu entwirren.“

Freilich tat Dollfuß das gerade Gegenteil! Die „Arbeiter-Zeitung“ wurde beschlagnahmt, und eine von Dr. Renner einberufene Sitzung des Hauptausschusses kam durch einen Vergebungsantrag der dirigierten Mehrheit nicht zustande. Selbst ein Teil der bürgerlichen Presse drückte über dieses Vorgehen der Regierung Befremden und Skepsis aus. Dr. Straffner wollte zur Fortsetzung der am 4. März bloß „unterbrochenen Sitzung“ für den 15. März mit der deklarierten Absicht einladen, sie geschäftsordnungsmäßig zu schließen. So hätte sich, wenn auch nur ein Funken Wille zur Verfassungstreue vorhanden gewesen wäre, der normale Weg zur Kontinuität dargeboten. Doch Dr. Ramek — er war bereits ein willfähriger Handlanger der Putschregierung Dollfuß geworden — verweigerte die Zustimmung. Dr. Renner gab eine öffentliche Erklärung ab: „Gegen den Versuch, einen solchen Zwischenfall zur Ausschaltung der Volksvertretung zu benutzen, erhebe ich Einspruch und warne die Bundesvollziehung (dieses Wort ist zweifellos mit besonderer Absicht verwendet worden!) vor einem Vorgehen, das unsere wirtschaftliche Not durch politische Wirren über alles erträgliche Maß verschärfen müßte.“

Aber Dr. Dollfuß ließ Dr. Straffner zu sich rufen und erklärte ihm dezidiert, was geschichtlich besonders festgehalten zu werden verdient:

„Der Zusammentritt des Hauses könnte unabsehbares Unglück über Österreich bringen, weil die Regierung andernfalls genötigt wäre, eine rechtswidrige Tagung mit Gewalt zu verhindern!“

Wer diese Worte liest, dem muß heute noch die Erkenntnis einer schändlichen Erpressung kommen.

Im Wiener Landtag erhob Genosse Karl Seitz die Forderung nach unbedingter, sofortiger Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände in Österreich: „Wehe dieser Stadt, wenn sie in Gefahren käme, die unabsehbar wären. Wir wollen nicht einen Trümmerhaufen des Rechtes und der Wirtschaft aus dieser Stadt machen, und wir werden den Verfassungsbruch mit größter Energie bekämpfen.“

In Wien allein wurden etwa 200 Vertrauensmännerkonferenzen abgehalten, um über die außergewöhnliche Lage zu berichten, denn öffentliche Versammlungen waren ja verboten worden. Welche Verwegenheiten und Frivolitäten sich die Regierung Dollfuß vor dem 15. März noch leistete, dem Tag der trotz all dieser Umstände einberufenen Sitzung des Nationalrates — das zu berichten, bleibe einem späteren Zeitpunkt vorbehalten. Man denke nur an die ganz besonders intensive Produktion von Notverordnungen!

So kam der 14. März 1933! Genau 50 Jahre vorher schloß der große geistige Erwecker des damals rechtlosen Proletariats Karl Marx in London seine Augen. Aber an diesem 14. März 1933 lag die österreichische

Demokratie im Sterben. Zur selben Zeit erklimmte Hitler den Gipfel seiner Macht! Seltsame Fügungen der Weltgeschichte...! Am 14. März hatte auch der Vorstand der Freien Gewerkschaften für die nächsten Tage eine gesamtösterreichische Betriebsräte-Konferenz einberufen, um — wie es wörtlich hieß — „die Vertrauenspersonen über die kritische Lage und die Beschlüsse der Vorstandskonferenz zu unterrichten“.

Und am Abend des 14. März bat Miklas Doktor Straffner zu sich; es gab keine klassischen, sondern „miklasische“ Formulierungen völlig labiler Natur. In Wahrheit stand Miklas zur Regierung und sanktionierte damit de facto den Verfassungsbruch.

Der Vizekanzler Winkler bemühte sich um Vermittlung, und auch der Niederösterreichische und der Oberösterreichische Landtag versuchten sich im gleichen Sinne. Bürgermeister Gruber von Linz hielt eine wichtige, schonungslose Rede der Anklage und des Protestes. Auch die Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die Genossen Seitz, Bauer und Danneberg, machten noch einen letzten Versuch, die Präsidialkrise des Parlaments zu entwirren, indem sie mit Buresch, Födermayr und Kunschak zusammenkamen. Doch auch diese Aussprache endete ohne ein positives Ergebnis. Noch spät nachts gab es einen Briefwechsel zwischen Miklas und Dr. Straffner, der sein letztes Antwortschreiben mit den Worten schloß:

„Ich habe im Bewußtsein der verfassungsmäßigen Berechtigung den Nationalrat zur Fortsetzung der unterbrochenen 125. Sitzung einberufen, um eine Neuwahl des Präsidiums zu ermöglichen und die Aktionsfähigkeit des Nationalrates wiederherzustellen.“

Der Nachmittag des 15. März war gekommen; die Sitzung war für 15 Uhr anberaumt. Einem Klubbeschuß folgend, hatten die sozialdemokratischen Abgeordneten schon um etwa 14 Uhr ihre Plätze eingenommen. Die Stimmung in der Umgebung des Hauses am Ring und im Hause selbst war sehr gespannt. Bald nach 14 Uhr marschierte vor dem Parlamentsgebäude ein größeres Polizeiaufgebot auf, und im Hause selbst hatten sich ungefähr 100 Kriminalbeamte in Zivil eingefunden, die sich in den Vorhallen und auf den Gängen verteilten. Man sah vielen von ihnen ehrliche Verlegenheit an.

Präsident Dr. Straffner eröffnete die Sitzung und teilte mit, daß den noch fehlenden Abgeordneten der Opposition — die Regierungsparteien waren überhaupt nicht erschienen — der Eintritt in das Parlament von der Polizei verwehrt worden sei. Auch die Beamten des Hauses und die Angehörigen des Stenographenbüros waren nicht gekommen. Dr. Straffner bestellte den bestbekannten, altverdienten Wiener Abgeordneten Genossen Sever und den großdeutschen Abgeordneten Zarboch zu Schriftführern und gab sodann eine Erklärung ab, die sich mit der bisherigen Haltung unserer und seiner Partei deckte; er fügte hinzu, daß er wegen der gewaltsamen Behinderung der Nationalratsitzung im Sinne des § 76 des Strafgesetzes (Öffentliche Gewalttätigkeit) die Strafanzeige erstatten werde. Und mit dem Bemerkten, daß er nicht in der Lage sei, den Termin der nächsten Sitzung bekanntzugeben, schloß er in aller Form die Sitzung. Damit war das gewaltsame Ende der Demokratie in Österreich besiegelt!

In ganz Österreich herrschte große Aufregung und höchste Spannung, doch gab es zunächst — wohl im Zustande allgemeiner Lähmung — keine nennenswerten Zwischenfälle. Noch am Abend des 15. März hielt Minister Dr. Schuschnigg im Rundfunk eine Ansprache über „Österreichs Weg in Gegenwart und Zukunft“, in der er der am Nachmittag abgehaltenen Nationalratsitzung „Privatcharakter“ zusprach und gehorsamst erklärte, die Regierung sei absolut willens, sich streng an die Verfassung zu halten (!). Hier muß daher doch erwähnt werden, was die berufenen österreichischen Verfassungsgelehrten zur Verfassungsbeugung oder, richtiger gesagt, vom Verfassungsbruch auszusagen wagten.

So schrieb der Wiener Universitätsprofessor Doktor Rudolf Merkl (Lehrkanzel für Verfassungsrecht) am 18. März im „Österreichischen Volkswirt“ unter dem Titel „Die Verfassungskrise im Lichte der Verfassung“

(vermutlich noch vor der Rumpfsitzung vom 15. März gedruckt) abschließend:

„... Jeder der drei Präsidenten ist also nach meiner Überzeugung berechtigt und verpflichtet, die Funktion so lange fortzuführen, bis der Nationalrat ein neues Präsidium gewählt hat.“

Und am 25. März 1933 schrieb der Verfassungsrechtler, an dessen wissenschaftlicher Autorität niemand zweifeln konnte, neuerlich unter dem Titel „Der Verfassungskampf“ einleitend:

„Hat es überhaupt noch Sinn, unter den Drohungen einer verfassungsfeindlichen Bewegung, deren Führer wie Geführte für politische Freiheit kein Verständnis haben und sich eben darum zur politischen Herrschaft berufen fühlen, Verfassungsfragen aufzuwerfen?“

Gerade in Krisentagen aber darf ein verfassungstreuer Verfassungslehrer am allerwenigsten resignieren!“

Und dann wies der korrekte und mutige Bekenner nach, daß die laufende Verwaltungspraxis der Dollfußschen Regierungsklique auf der eklatanten mißbräuchlichen Anwendung des „kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ beruhe.

Aber das Unglück nahm seinen Lauf. Die verfassungsbrüchige „Regierung“ handelte mutwillig, verantwortungslos und gegen den Eid, den sie in die Hände des Bundespräsidenten unter Anrufung Gottes abgelegt hatte!

Im Bewußtsein der Schuld verbietet man alle von unserer Partei angesagten öffentlichen Protestkundgebungen; in Wien allein 382 Sektionsversammlungen. Es vollzieht sich alles Schlag auf Schlag. Da und dort flammen Versuche des Widerstandes auf. In Tirol und Vorarlberg wird der Republikanische Schutzbund beziehungsweise werden die an seiner Stelle aufgestellten Ordnerschaften untersagt. Landesregierungen und Heimatwehren kooperieren in zügigem Verein und nehmen Verhaftungen vor, und Dr. Steidle übernimmt in der Tiroler Landesregierung das Sicherheitsreferat! Das Wort „Schutzhäft“ wird modern.

Der 17. März 1933 bringt aufregende und aufsehenerregende Dinge. Der Wiener Polizeipräsident Doktor Brandl legt sein Amt nieder, und es dauert nicht lange, da taucht er als ordentliches Mitglied der NSDAP auf.

Der Bundesrat hält wohl noch „platonische“ Sitzungen ab. Sein Vorsitzender, Genosse Georg Emmerling, Vizebürgermeister von Wien, hält der Regierung unverblümt den Spiegel vor Augen: „Im Staate herrscht der nackte Absolutismus“, und er erinnert den Bundespräsidenten an seine Pflichten.

In Oberösterreich weigert sich der Landeshauptmann Dr. Josef Schlegel, die Starhembergsche Heimwehr so wie in Tirol zur Notpolizei zu bestellen.

Im Bundesrat wird ein ausführlich begründeter Mißtrauensantrag gegen die eidbrüchige Regierung mit Mehrheit angenommen. Die Minister Jakoncig und Schuschnigg verlassen die Sitzung, als ihnen die verdienten „Koseworte“ Hasardeure, Bankrotteure zugerufen werden. Die Entschließungen des Bundesrates werden kurzerhand als „rechtlich belanglos“ erklärt.

Am 20. März langt die Mitteilung ein, daß — wie kaum anders zu erwarten war — die Strafanzeige Dr. Straffners vom Oberstaatsanwalt zurückgewiesen (!) worden sei.

Eine Intervention Emmerlings, den Ungesetzlichkeiten ein Ende zu bereiten, geht ins Leere: In seiner Antwort bekennt sich Miklas zur Ohnmacht!

Nun bemüht sich Dr. Renner, eine Sitzung des Hauptausschusses zustande zu bringen. Er stößt aber auf den endgültigen Widerstand der Regierungspartei. Und unter sichtlich Brückierung des Präsidenten des Nationalrats ernennt die Regierung zur Abwicklung der ökonomisch-administrativen Angelegenheiten des Parlamentes einen Regierungskommissär!

Dr. Renner und Seitz führen nochmals ein Gespräch mit dem Bundespräsidenten, aber Miklas findet über ein zwielichtiges Bedauern nicht hinweg. Die innenpolitische Lage spitzt sich weiterhin bedenklich zu: Die Zensur wütet am laufenden Band, der Heimatschutz verlangt in unverhülltem Machtrausch die Einsetzung eines Staatskommissärs für die Bundeshauptstadt, der

Heeresminister Vaugoin hält im Rundfunk eine sogenannte „Abrechnung mit den Marxisten“ und bezeichnet die gegebene Situation als den „entscheidenden Wendepunkt in der innenpolitischen Entwicklung Österreichs“. Ein am 27. März in Wien ausgebrochener spontaner Setzerstreik zum Protest gegen die Knebelung der Presse bricht nach wenigen Stunden zusammen, und die gleichgeschalteten Organe der „antimarxistischen Front“ triumphieren mit großen Schlagzeilen: „Die Zeiten haben sich geändert!“

Jetzt verlangt die Heimwehr die „völlige Abrüstung des bewaffneten Machtapparates der Sozialdemokratie Österreichs“. Unruhen da und dort flackern auf, zum Beispiel in Bruck an der Mur werden sie von der Gendarmerie mit gefälltem Bajonett unterdrückt, und der Grazer „Arbeiterwille“ wird auf unbestimmte Zeit „unter Vorzensur“ gestellt. Auch jede Demonstrationsaktion wird im Keim erstickt.

Die „Linzer Tagespost“, die allmählich zu einem zwischen den Ständestaatparteien und dem Nationalsozialismus lavierenden Organ geworden war, berichtet am 27. März von „Zusammenstößen zwischen Heimatschützern und Sozialdemokraten in Linz, die ernste Formen annahmen und an mehreren Stellen der Stadt aufflammten“. Und dann hieß es wörtlich: „Bürgermeister Gruber und Dr. Koref, die sich ebenfalls in der Nähe befanden, mußten von den Wachbeamten nachdrücklich aufgefordert werden, auf ihre Leute Einfluß zu nehmen. Die sozialdemokratischen Funktionäre bemühten sich überall, damit sich die Gruppen auflösten und weitere Exzesse unterblieben.“

Diese harte Aufgabe mußten die sozialdemokratischen Funktionäre in jener Zeit den offiziellen Parteiparolen gemäß mehr oder minder täglich erfüllen. War es ein Wunder, wenn man sich nachträglich ernstlich die Gewissensfrage stellte, ob diese Haltung auch die richtige war?

Die Sprache Starhemborgs und Steidles aber nahm an radikaler Tönung zu, soweit dies überhaupt noch möglich war. In Innsbruck zum Beispiel erklärt der eine von beiden: „Wir haben die Pflicht, in Österreich Ordnung zu machen.“ Und er wiederholte in aufreizendem Tone die Forderung nach Auflösung des Republikanischen Schutzbundes. „Die Zeit des Packelns kommt nie wieder! Eher wird Österreich zugrunde gehen!“ So ließ sich der „Retter Österreichs“ — diese historische Rolle hatte er sich angemaßt — vernehmen. Und diesen seltsamen fürstlichen „Friedensschalmeien“ fügte Dr. Steidle, von edlem Wettstreit beflügelt, wörtlich hinzu: „Wir brauchen keine lauwarmen Parlaments- und Geschäftsordnungsreformen, um das System der Roten zu retten. Wir brauchen keine Politik der Filzpatschen! Das weibische Getue so mancher Herren der Regierung wird uns zu dumm! Wenn die Herrschaften zu feige sind, sollen sie gehen und anderen die Führung überlassen, die unbeschwert vom Packelgeist ein großes Ziel erreichen werden.“

Am 31. März 1933 wird von der Regierung der Republikanische Schutzbund „wegen seiner staatsgefährdenden Einstellung“ (!) aufgelöst, und in ganz Österreich werden Militär, Exekutive und Heimwehr in Alarmbereitschaft versetzt. Damit stand unsere Partei vor einer ganz großen Entscheidung — die Bürgerkriegsatmosphäre war gegeben.

Am 23. Mai sprengte die Regierung Dollfuß auf heimtückische Weise den Verfassungsgerichtshof, dessen Korrektheit sie allenfalls noch zu fürchten hatte. Am 19. Juni erließ sie das Verbot der NSDAP Österreichs und aller ihrer Gliederungen, und die nationalsozialistischen Mandate wurden für nichtig erklärt. Dollfuß wußte sich dauernd von Mussolini gedeckt. Am 11. September wurde dann in demonstrativer Weise auf dem Wiener Trabrennplatz ein Generalappell der „Vaterländischen Front“ aufgelesen und offiziell der soziale, christlich-deutsche Ständestaat verkündet.

Am 23. September wurde für „politische Gegner“, wie man so unverschämte und unverblühte sagte, das Anhaltelager in Wöllersdorf errichtet und am 10. November das mit der Todesstrafe ausgestattete standrechtliche Verfahren in Kraft gesetzt.

Angesichts dieser Fakten waren die Erregung, die Wut und der Haß nur natürliche Emotionen, von denen

die sich allmählich ohnmächtig fühlende große Mehrheit der Bevölkerung erfaßt werden mußte! Und wer vermöchte rückschauend nicht die Explosion zu verstehen, sie menschlich und geschichtlich zu würdigen, die schließlich zu den schrecklichen Ereignissen vom 12. Februar 1934 führte, bei denen die Reaktion vor nichts zurückschreckte und sich vor der Geschichte mit Schande und Blut bedeckte.

Sonderstempel zum „Welttag des Kindes“

Die Österreichischen Kinderfreunde veranstalten alljährlich den „Welttag des Kindes“ in allen Städten und Orten unseres Landes. In Wien allein besuchten im Vorjahr 30.000 Kinder und 20.000 Erwachsene die 18 Festplätze.

Ort: Volkshaus Landstraße, Wien 3, Landstraßer Hauptstraße 96.

Aufgabezeit: Sonntag, 9. September 1973, von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr.

Sonderstempel: Der Sonderstempel wird nur auf den von den Wiener Kinderfreunden aufgelegten Festkuverts abgegeben. Die Stempelfarbe ist schwarz.

Festkuvert: Das Festkuvert kostet 7 Schilling. Es ist am 9. September 1973 auf dem Festplatz und ab 1. August 1973 auch im Sekretariat der Wiener Kinderfreunde, Wien 8, Albertgasse 23, 1. Stock, Zimmer 12,

von 8 bis 16.30 Uhr erhältlich. Über Wunsch werden Blankokuverts nach Einzahlung des entsprechenden Betrages und der Portospesen zugesandt. Festkuverts können auch zuadressiert werden. Für diesen Fall wären für das Inland 7,70 Schilling und für das Ausland 9 Schilling pro Kuvert einzuzahlen. Für etwaige Sonderwünsche muß der jeweils anfallende Portobetrag entrichtet werden. Einzahlungen können

mittels Erlagscheins oder Postanweisung auf das Postscheckkonto Nr. 2.497.000 der Wiener Kinderfreunde erfolgen. Der Erlös aus dem Verkauf der Festkuverts fließt den Wiener Kinderfreunden für den weiteren Ausbau des Feriendorfes Gresten zu!



Die Telefon-Nummer ist notiert

Der Tonbanddienst „Für Ihre Gesundheit“ bringt ab 1. August 1973 „Tips für heiße Tage“. Und zwar spricht Frau Dr. Lore Antoine, Facharzt für Hautkrankheiten, die sich mit sommerlichen Hitzefolgen befaßt: Schwitzen, Sonnenbrand, Sonnenschutzmittel und Verhaltensregeln in praller Sonne.

Der Kurzvortrag*, den man in Wien unter der Telefon-Nummer 1770 hören kann, ist auch in Linz (Vorwahl 0 72 22) unter der Tel.-Nr. 194 und in Klagenfurt (Vorwahl 0 42 22) unter der Tel.-Nr. 196 zu erreichen.

Februar 1934 — 1974

In der letzten Sitzung des Bundesvorstandes wurden vor allem die Fragen der Gestaltung der Gedenktage behandelt, die anlässlich der Erinnerung „40 Jahre Februarkampf 1934“ geplant sind.

Der Parteivorstand hat vor längerer Zeit ein Komitee mit der Aufgabe betraut, die Vorarbeiten für die Errichtung eines Mahnmales auf dem Gebiet des ehemaligen Anhaltelagers Wöllersdorf zu leisten. Als Vertreter des Bundes gehört Genossin Rosa Jochmann dem Komitee an.

Es ist vorgesehen, das Mahnmal in einer großen Kundgebung am Sonntag, dem 10. Februar 1974, der Öffentlichkeit zu übergeben.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 4/5/6, April/Mai/Juni 1973, Seite 6.

Der Bundesparteitag 1974 wird am 11. Februar 1974 in der Staatsoper mit der Aufführung „Fidelio“ eröffnet und findet vom 12. bis 15. Februar 1974 im Wiener Konzerthaus statt.

Wir werden an allen Kundgebungen der Partei mitwirken und alles vorbereiten, damit die Kundgebung am 10. Februar 1974 zu einem machtvollen Bekenntnis für Freiheit und Demokratie wird.

Darüber hinaus hat der Bundesvorstand den Beschluß gefaßt, für die Landesverbände und die Bezirksgruppen einen Plan auszuarbeiten, wonach das Jahr 1974 dem Gedenken an den heroischen Februarkampf 1934 gewidmet sein soll. Dieser Plan, der Vorschläge für die Gestaltung von Gedenkkundgebungen für die Länder und Bezirke enthalten wird, soll bis zum Herbst 1973 fertiggestellt sein.

Das Vermächtnis von Otto Bauer erfüllen

Am 4. Juli 1973 legte der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus an der Grabstätte von Otto Bauer im Wiener Zentralfriedhof einen Kranz nieder. An der Gedenkkundgebung nahmen auch Vertreter aus Kärnten, Niederösterreich und dem Burgenland teil.

Im Namen des Bundesvorstandes erinnerte Genosse Josef Hindels an die Worte des französischen Sozialisten Léon Blum, der an der Bahre Otto Bauers sagte: „Der Faschismus hat sein Herz zerbrochen“, und würdigte die Persönlichkeit und das Wirken Otto Bauers für die österreichische und internationale Arbeiterbewegung.

Das Vermächtnis des großen Sozialisten Otto Bauer in der Gegenwart zu erfüllen bedeutet, den Faschismus auch in seiner neuen Gestalt rechtzeitig zu bekämpfen.

Spanien 1936—1939

In der „Bürgerstube“ des Alten Rathauses (Wien 1, Wipplingerstraße 8) wurde am Mittwoch, dem 18. Juli 1973, eine Ausstellung eröffnet, die dem Kampf des spanischen Volkes um seine Freiheit, der Verteidigung der spanischen Republik gegen den Putsch Francos in den Jahren 1936 bis 1939 gewidmet ist.

In den Reihen der internationalen Brigaden, deren Angehörige dem spanischen Volk aus ganz Europa und aus Übersee zu Hilfe kamen, kämpften auch ungefähr 1700 Österreicher; viele von ihnen waren Schutzbündler. Und wie unser Genosse Schneeweiß auf der Bundeshauptversammlung 1973 ausgeführt hat,* war der Blutzoll, den sie für die spanische Demokratie gebracht haben, sehr groß: Über 700 Österreicher sind im Kampf gegen die von Hitler und Mussolini unterstützten spanischen Faschisten gefallen.

Die Ausstellung, die aus Anlaß des Jahrestages der Rebellion der Franco-Generale gegen die legale Regierung der spanischen Republik am 18. Juli 1936 veranstaltet wird, zeigt Bilder, Dokumente und Bücher.

Die Ausstellung „Spanien 1936—1939“ ist bis zum 17. September 1973, Montag, Mittwoch und Donnerstags von 14 bis 18 Uhr, geöffnet. Der Eintritt ist frei.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Sondernummer, Juni 1973, Seite 18.

Österreichisches Dokumentationsarchiv der Widerstandsbewegung

Die Benützung der Bestände des Österreichischen Dokumentationsarchivs der Widerstandsbewegung,

Altes Rathaus, Wien 1, Wipplingerstraße 8,

ist jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 8 bis 17 Uhr möglich.

Im Lesesaal stehen Akten und Dokumente (Katalog 1 und Katalog 2) sowie Photos und Bücher aus der Bibliothek des Archivs nach Maßgabe der Archiv-Ordnung für jedermann zur Verfügung.

WIR BITTEN

um Nachricht

Wer kennt Franz Pluchar?

Genosse Franz Pluchar war Spanien-Kämpfer und vom Jahre 1939 bis zum Jahr 1942 im KZ Buchenwald inhaftiert (Block 39). Er war von Beruf Metallarbeiter und hatte eine Spanierin geheiratet, der die Flucht nach Mexiko geglückt ist.

Wir bitten euch, uns zu benachrichtigen, falls jemand Franz Pluchar kennt oder weiß, wo er sich derzeit aufhält. Er wird von einem KZ-Kameraden aus München gesucht, der mit ihm gemeinsam in Buchenwald war; wir werden jede Nachricht weiterleiten.

*

Strafbataillon 999

Politische Häftlinge, die in den letzten Kriegsjahren in der Deutschen Wehrmacht als Angehörige des Strafbataillons 999, der Division Dirlewanger oder anderer ähnlicher Einheiten dienen mußten, werden gebeten, ihre Anschrift zwecks Einladung zu einem Beisammensein dem ehemaligen Angehörigen des Strafbataillons 999, Adalbert Eibl (Kirner/Eibl, Postfach 293, 1070 Wien), mitzuteilen.

Aus der Bundesrepublik

SS-Aufseherin soll ausgeliefert werden

Seit langen Jahren wird in New York der Fall von Hermine Braunsteiner (jetzt Ryan) verhandelt. Die Wienerin Braunsteiner kam als junges Mädchen zur SS und wurde als Aufseherin im Frauen-KZ Ravensbrück eingesetzt. Von dort ist sie im Oktober 1942 nach Majdanek versetzt worden. Wie Zeugen vor dem New-Yorker Gericht bestätigen, hat sich Braunsteiner in diesem Vernichtungslager schlimmster Verbrechen schuldig gemacht. Im Jänner 1944 wurde sie nach Ravensbrück zurückversetzt und Leiterin des Außenlagers in Genthin.

Nach dem Krieg ist Braunsteiner am 22. Jänner 1949 in Wien wegen wiederholter schwerer Mißhandlung von Häftlingen zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt worden. Bezüglich des Majdanek-Komplexes wurde sie damals allerdings freigesprochen — offenbar mangelte es an Zeugen.

Später lernte sie den Amerikaner Ryan kennen, dem sie in die USA folgte, wo sie heirateten. Nach einem langwierigen Verfahren wurde ihr nun die amerikanische Staatsbürgerschaft aberkannt. Da das Gericht in Düsseldorf — wo ein Majdanek-Verfahren seit Jahren läuft — einen Auslieferungsantrag gestellt hat, wurde Braunsteiner Ende März verhaftet und dem Auslieferungsbegehren stattgegeben.

Kriegsverbrecher nach 15jähriger Voruntersuchung noch immer frei

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß Leute, die an den Massenmorden der Nationalsozialisten mitgewirkt haben, von der Justiz unterschiedlich behandelt werden.

Prozesse gegen die Exekutoren dieser Verbrechen werden nur mehr oder weniger zögernd und schleppend durchgeführt. Diejenigen jedoch, die an den Schalthelmen saßen und die diese Verbrechen erst in dem Umfang ermöglicht hatten, finden immer wieder Wege, sich den Gerichten zu entziehen.

Daß diese Wege nicht versperrt werden, macht die deutsche Justiz — soweit sie sich mit NS-Verbrechen zu befassen hat — recht unglaubwürdig. Denn jedermann weiß: Zur Durchführung der Verbrechen bedurfte es nicht nur des „Befehls“ von Hitler, Völker auszurotten, und der Exekutoren, die an den Vernichtungsstätten tätig waren: ein weitverzweigter Apparat sorgte vielmehr für die so beklemmend exakt funk-

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

tionierende Organisation der Massenmorde. Ohne diese hochgestellten, einflussreichen Herren in den Ministerien und anderen zentralen Stellen, die sich freilich selbst niemals die Hände blutig gemacht haben, wäre es ganz undenkbar gewesen, in wenigen Jahren Millionen Menschen grausam zu töten.

Es ist schon wiederholt nachdrücklich betont worden, daß in den Augen derer, die in dem größten Vernichtungslager Zeugen der Untaten geworden waren, die Schuld der hochgestellten Organisatoren weit schwerer wiegt als die der ihnen unterstellten Exekutoren. Ohne Eichmann hätte kein Boger oder Kaduk wüten können; ohne Wagner wäre es Eichmann nicht möglich gewesen, Juden aus Ländern nach Auschwitz zu bringen, die nominell selbständig waren. Ohne Ganzenmüller hätte es im Frühling und Sommer 1944, als das Verkehrswesen in Deutschland schon sehr schwer angeschlagen war, bestimmt nicht genügend Züge gegeben, um die Juden aus Ungarn Tag und Nacht ohne Unterbrechung zu den Gaskammern von Auschwitz zu fahren.

Schon seit dem Nürnberger Prozeß sind die Akten bekannt, welche die Mitverantwortung von Wagner und Ganzenmüller belegen, und seit dem Jahr 1958 laufen deswegen Verfahren gegen die beiden. Aber in den seither verstrichenen 15 Jahren war die deutsche Justiz nicht imstande, dafür zu sorgen, daß sich die Herren in einer Hauptverhandlung zu verantworten haben.

Der Fall Ganzenmüller

Da es dem Angeklagten gelungen war, den ersten Prozeßtermin am 17. Oktober 1972 platzen zu lassen, wurde als neuerlicher Termin für den Beginn dieses seit 1958 vorbereiteten Prozesses der 29. März 1973 angesetzt. Nochmals kam es zu einer geringfügigen Verschiebung — aber am 10. April 1973 begann endlich der Prozeß gegen Ganzenmüller tatsächlich in Düsseldorf.

Ganzenmüller zählte zu denen, die von der NSDAP in jungen Jahren an Schlüsselpositionen gestellt worden waren: Als Träger des Blutordens und des goldenen Parteiabzeichens wurde der SA-Brigadeführer mit 37 Jahren Staatssekretär im Reichsministerium. Die Nazis wußten, warum sie das taten. Als einmal zu wenige Deportationszüge zur Verfügung standen, schrieb Himmler seinem Parteigenossen Ganzenmüller direkt: „Helfen Sie mir und verschaffen Sie mir Züge.“ Und Ganzenmüller half. Auf dem Kopfpapier, das seinen Namen trägt, schrieb er am 28. Juli 1942 dem „Sehr geehrten Pg. Wolf“ (wie er den Adjutanten Himmlers anredete):

„Seit dem 22. Juli fährt täglich ein Zug mit je 5000 Juden von Warschau über Malkinia nach Treblinka; außerdem wöchentlich ein Zug mit 5000 Juden von Przemyśl nach Belzec.“

Wie groß der Eifer Ganzenmüllers war, bezeugte auch Eichmann in Jerusalem. Er sagte, daß sich Ganzenmüller sofort beschwerdeführend an Himmler gewandt habe, wenn einmal „Transportraum“ leer gestanden sei.

Wegen dieses (zwar heute geleugneten, aber aus erhalten gebliebenen Dokumenten eindeutig hervorgehenden) besonderen Eifers und der hohen Stellung des Angeklagten sprach sich Rechtsanwalt Dr. Robert Kempner dafür aus, daß Ganzenmüller wegen Mittäterschaft anzuklagen sei und nicht nur wegen Beihilfe zum Massenmord, wie es in der von Oberstaatsanwalt Alfred Spieß vertretenen Anklage heißt.

Nachdem aber Ganzenmüller jede Schuld bestritten und immer wieder beteuert hat, er erinnere sich an nichts, hatte das Gericht vor der Einvernahme von Zeugen Wolfgang Scheffler als Sachverständigen geladen. Er wies an Hand von Dokumenten exakt nach, daß die Überführung der Insassen des Warschauer Ghettos in das Vernichtungslager Treblinka mit einem Telefongespräch eingeleitet worden ist, in dem der Adjutant Himmlers Ganzenmüller um die Bereitstellung von Zügen gebeten hatte.

Auch die erste Zeugin, die einvernommen wurde, belastete Ganzenmüller massiv. Aber ihre Einvernahme war gleichzeitig auch die letzte gewesen. Mehr als hundert Zeugen waren vorgesehen; aber am 4. Mai beschloß das Gericht, den Prozeß abubrechen, denn Ganzenmüller habe einen Herzinfarkt erlitten, was der Leiter des Gesundheitsamtes in Hagen, Doktor Gerhard Heisig, attestierte. Kenner der Verhältnisse bezweifeln, daß es überhaupt nochmals zu einem Prozeßbeginn Ganzenmüller kommt.

Der frühere Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium wird demnach die Pension, die er als Beamter der Stahlwerke Hoesch in Dortmund — (die keine Bedenken hatten, ihn anzustellen, obwohl das Verfahren gegen ihn damals bereits eingeleitet war) — bezieht, in Ruhe weiter genießen können. Die Frage, warum nicht bereits zehn Jahre früher gegen Ganzenmüller verhandelt wurde, bleibt offen.

Der Fall Wagner

Der Prozeß gegen Horst Wagner, der als Legationsrat Judenreferent im Auswärtigen Amt war und in dieser Funktion eng mit Eichmann zusammenarbeitete, um die Juden deportationen in die Vernichtungslager zu ermöglichen, hatte ursprünglich am 20. Mai 1968 beginnen sollen. Aber Wagner

verhinderte immer wieder, daß das Hauptverfahren tatsächlich eröffnet werde — denn die Richter in Essen ermöglichten die permanente Verschiebung, indem sie jedem Antrag der findigen Verteidiger Wagners stattgaben.

Am 3. Juli 1972 wurde der Prozeß endlich eröffnet — aber nur für kurze Stunden. Denn Wagner erklärte sich als verhandlungsunfähig, da er an einem Hüftgelenksleiden laboriere. Als ein Gutachter feststellte, daß die Schmerzen nach einer Operation behoben wären (die Verhandlungsunfähigkeit hätte dann nicht weiter aufrechterhalten werden können), erklärte sich Wagner bereit, sich operieren zu lassen, und begab sich zur Vorbereitung dieses Eingriffs Wochen später — am 24. August — in eine Klinik.

Wagner aber wurde nicht operiert: Es hieß, im Jänner 1973 solle die Operation erfolgen. Der Jänner verstrich, Wagner wurde nicht operiert, und die Richter in Essen sahen weiter zu. Als neuer Termin für die Operation wird nun Juli/August genannt.

Es bedarf eines starken Glaubens an die Gerechtigkeit, um zu erwarten, daß in Essen jemals ein Wagner-Prozeß begonnen und auch zu Ende geführt wird.

Wäre Wagner (der eine Kautions von 80.000 D-Mark stellen konnte) nicht seit 1958 von der Untersuchungschaft verschont geblieben und hätte Ganzenmüller (der gar 300.000 D-Mark als Kautions hinterlegte) die Zeit der Voruntersuchung wie jeder „gewöhnliche“ Mordverdächtige in Haft zubringen müssen, dann wären sicher die Prozesse gegen die beiden schon längst abgeschlossen.

Aus dem Bundesvorstand



Wir gratulieren!

Dr. Otto Wolken — ein Siebziger! Unser Genosse Dr. Otto Wolken beging am 27. April 1973 seinen 70. Geburtstag, und darum wollen auch wir unsere herzlichsten Glückwünsche den vielen Ehrungen und Aufmerksamkeiten hinzufügen, die dem Jubilar aus diesem Anlaß zuteil geworden sind.

Genosse Dr. Wolken war schon als Gymnasiast politisch tätig — er besuchte das Akademische Gymnasium in Wien —, trat 1919 der Partei bei und gründete schon im Jahre 1920 einen Kinderhort der „Kinderfreunde“ im 1. Bezirk, den er selbst zwei Jahre lang führte. An der Universität wurde er zum Obmann der medizinischen Fachgruppe der sozialistischen Studenten gewählt, und er war später außerdem Mitglied des Republikanischen Schutzbundes.

Nach seiner Promotion arbeitete er zunächst im Krankenhaus St. Pölten und später als praktischer Arzt in Traisen. Von dort aus entfaltete er eine rege organisatorische Tätigkeit und gründete Ortsgruppen des Arbeiter-Samariterbundes in St. Pölten, Herzogenburg, Neulengbach, Steyr und vielen anderen Orten.

Nach dem Februar 1934 war er einige Tage in Haft, was ihn aber nicht davon abhielt, nach seiner Freilassung wieder bei den RS aktiv mitzuarbeiten. Als die Nazi Österreich besetzten, wurde unser Otto wieder verhaftet; er landete schließlich nach Haftzeiten in verschiedenen Gefängnissen, KZ und dem Gestapo-Verlies auf dem Morzinplatz im Jahre 1943 in Auschwitz, wo er nur durch den „glücklichen“ Zufall der Vergasung entging, daß gerade eine Flecktyphus-Epidemie ausgebrochen war und Ärzte dringend gebraucht wurden. So wurde er als Arzt im Quarantänelager eingesetzt, wo er durch seine Umsicht und seinen Mut ungezählten Häftlingen helfen und vielen das Leben retten konnte.

Nach der Befreiung des KZ Auschwitz im Jänner 1945 durch die Rote Armee wurde er zunächst als leitender Therapeut in einem Kriegsspital eingesetzt; später holte ihn die neugebildete polnische Regierung als Mitglied in die Untersuchungskommission für die Hitlerverbrechen in Polen, wo er durch seine gründliche Sachkenntnis wertvolle Arbeit leisten konnte.

Im Juli 1945 kehrte Genosse Wolken nach Österreich zurück und übernahm hier sogleich die mannigfaltigsten Aufgaben, angefangen von der unentgeltlichen Betreuung heimkehrender KZ-Insassen und ausländischer Fremdarbeiter bis zur Organisation großer Hilfsaktionen, die dank seiner persönlichen Beziehungen zum Ausland immer zu einem großen Erfolg wurden. — Genosse Wolken, der viele ausländische Auszeichnungen erhielt, ist auch in unserem Bund einer der rühmlichsten Genossen. Und soll es auch bleiben!

Wir wünschen ihm noch viele Jahre emsiger Aktivität bei bester Gesundheit. Ad multos annos, Otto, und ein herzliches „Freundschaft!“ für den jugendlichen Siebziger.

Unsere Broschüre über Otto Bauer

Die Broschüre Manfred Ackermann: „Rede über Otto Bauer“ ist nach wie vor über alle Bezirksgruppen oder direkt in unserem Sekretariat zum Preis von S 3.— erhältlich.

Unsere Broschüren

Wir bringen in Erinnerung, daß noch folgende Broschüren bei uns im Sekretariat aufliegen und bestellt werden können:

Manfred Ackermann: „Rede über Otto Bauer“.

Manfred Ackermann: „Julius Braunthal — ein Leben für den Sozialismus“.

Die Broschüren werden zu einem Kostenbeitrag von 3 Schilling pro Exemplar abgegeben.

Goldene Abzeichen

Immer wieder melden Genossinnen und Genossen den Verlust des ihnen verliehenen „Goldenen Abzeichens“. Wir kommen nun einer Anregung nach und empfehlen, das Abzeichen hinter dem Rockaufschlag mit einer Sicherheitsnadel zu sichern. Diese Sicherung kann auch auf der Bluse oder einem Kleid vorgenommen werden.

Aus dem Wiener Landesverband

Elisabeth Thury gestorben

Die Doyenne der Wiener Journalistik, Genossin Elisabeth Thury, ist am Donnerstag, dem 7. Juni 1973, morgens im 80. Lebensjahr in Wien gestorben.

Genossin Thury wurde am 1. März 1894 in Korneuburg geboren, absolvierte die Lehrerinnenbildungsanstalt und legte die Lehramtsprüfung ab. Von 1924 an widmete sie sich aber dem Beruf, der ihr ganzes Leben ausfüllte: der Journalistik. Sie gehörte zu jenem Journalistentyp, der Reporter und Redakteur zugleich war, und zu jenen Journalistinnen, die viel mehr wußten, als sie schrieben, weil sie sich bewußt waren, wo die Grenzen des öffentlichen Interesses lagen.

Von 1924 bis 1934 war sie Redakteurin der Konzernblätter „Extrablatt“, „Mittagszeitung“ und „Sechs Uhr Blatt“, später Redakteurin des Wiener Büros der „United Press“.

Nach den Märztagen des Jahres 1938 begannen für die Sozialistin Elisabeth Thury schwere Jahre. Zunächst in Gestapohaft, wurde sie im September 1939 in das Konzentrationslager Ravensbrück verschickt, wo sie bis Anfang Mai 1945 blieb.

Am 1. September 1946 trat Elisabeth Thury, die nach der Wiedererrichtung Österreichs zunächst Mitarbeiterin der „Arbeiter-Zeitung“ und „Der Frau“ und daneben Redakteurin der Sozialistischen Korrespondenz war, in die Inlandsredaktion der APA ein, für die sie praktisch bis zum letzten Atemzug arbeitete.

Anlässlich des Ablebens von Genossin Elisabeth Thury richtete Genosse Dr. Kreisky ein Beileidstelegramm an die Austria Presse Agentur (APA).

Auch Justizminister Genosse Dr. Broda sandte an den Chefredakteur der APA ein Beileidstelegramm, in dem er das unermüdliche Wirken der Genossin Thury würdigte.

Die Beerdigung unserer Genossin Thury fand am Dienstag, dem 19. Juni 1973, unter großer Beteiligung ihrer Freunde und vieler Funktionäre auf dem Wiener Zentralfriedhof statt. Unsere Genossin Muhr nahm im Namen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer an der Trauerfeier teil. Niemals vergessen!

Das Mauthausen-Museum

Die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen sind zu folgenden Zeiten geöffnet:

16. Jänner bis 30. April: täglich von 8 bis 17 Uhr

1. Mai bis 30. September: täglich von 7.30 bis 17.30 Uhr

1. Oktober bis 15. Dezember: täglich von 8 bis 17 Uhr

Das Museum Mauthausen ist auch an Sonntagen zu den gleichen Besuchszeiten allgemein zugänglich.

SPÖ-Marken „Wien — lebenswerte Stadt“. Um über ihre Leistungen informieren und zugleich die Kosten der Wahlwerbung finanzieren zu können, hat die Landesorganisation Wien eine Serie von Wahlfondsmarken aufgelegt. Die im Mehrfarbendruck hergestellten Marken mit dem Text „Wien — lebenswerte Stadt“ und dem Hinweis „Gemeinderatswahl — SPÖ“ zeigen Bildmotive aus der Kinder-, Familien- und Arbeitswelt.

Die Wahlfondsmarken kosten als Serie 195 Schilling. Sie sind zu den Schillingwerten 5 (lila), 10 (ocker), 30 (gelb), 50 (hellgrün) und 100 (hellblau) auch einzeln ab sofort bei allen Vertrauenspersonen und in den Bezirkssekretariaten der SPÖ erhältlich.

Geldspenden für den Wahlfonds können auch mit dem Vermerk „Wahlfonds SPÖ — Landesorganisation Wien“ auf folgende Konten überwiesen werden: Zentralsparkasse der Gemeinde Wien 697 166 007, Bank für Arbeit und Wirtschaft (BAWAG) 00 66530/7 und Österreichische Postsparkasse 1426.528.

*

Gemeinderatswahl in Wien am 21. Oktober 1973. Einige wichtige Termine im September:

Montag, 3.:	Erweiterter Wiener Ausschuß (14 Uhr)
Sonntag, 9.:	Tag des Kindes
Montag, 10.:	Frauenkonferenz
Montag, 17.:	Großkundgebung Stadthalle — Redner: die Genossen Kreisky und Gratz (19.30 Uhr)
Mittwoch/Donnerstag, 19./20.:	Parteirat in Linz
Samstag, 29.:	Tag der offenen Tür

Die Bezirke berichten:

Neubau

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Neubau führte ihre Jahresversammlung am Freitag, dem 13. April 1973, im Saal der Bezirksorganisation Neubau durch. Der Obmann der Bezirksgruppe, Genosse Willy Jeindl, eröffnete um 19 Uhr die Versammlung und begrüßte die erschienenen Mitglieder, insbesondere den Bezirksobmann Genossen Hans Brosch, den Bezirkssekretär Genossen Heinz Popelka sowie den Ehrenobmann der Bezirksorganisation, Genossen Hans Binder.

Genosse Hans Brosch begrüßte die versammelten Genossen sodann im Namen des Bezirksvorstandes, wobei er die gute Zusammenarbeit der Freiheitskämpfer und der Bezirksorganisation betonte und dem Wunsch Ausdruck gab, daß dieses gute Verhältnis auch in Zukunft bestehenbleiben möge.

In seiner Antwort dankte Genosse Jeindl für die herzlichen Begrüßungsworte und versicherte, daß die Freiheitskämpfer immer dasein werden, wenn sie die Partei braucht. Er dankte auch dem Bezirkssekretär Genossen Popelka, der immer bereit ist, der Bezirksgruppe alle Hilfe angedeihen zu lassen, und bat ihn, diesen Dank dem Bezirksvorstand zu übermitteln.

Nach den Begrüßungsansprachen wurde folgende Tagesordnung vorgeschlagen und einstimmig angenommen:

1. Berichte
2. Neuwahlen
3. Referat des Bezirksobmanns der SPÖ Neubau, Genossen Hans Brosch
4. Allfälliges.
Anschließend ein Lichtbildervortrag über unsere letzte Gedenkfahrt nach Buchenwald und Lidice.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte der Obmann der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder. Es waren dies unsere langjährigen Freunde und Genossen Friedrich Altaras, Alfred Humer und Rudolf Ottlinger. Nach einer Schweigeminute im Gedenken an unsere Toten und dem Gelöbnis, sie niemals zu vergessen, berichtete Genosse Jeindl über die Tätigkeit der Bezirksgruppe im abgelaufenen Jahr. Der Obmann berichtete auch über die Gedenkfahrt, die uns in der Zeit vom 17. bis 24. September 1972 in die ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und Theresienstadt sowie nach Lidice führte. Von dieser Gedenkfahrt hatten wir am 24. Februar 1973 eine Film- und Diavorführung im Saal der Bezirksorganisation Neubau veranstaltet, an die sich ein freundschaftliches Beisammensein schloß. Dabei konnte der Bezirksobmann der SPÖ Neubau, Genosse Hans Brosch, auch die unter Führung der Genossen Hans Schiller und Karl Milota erschienenen Genossen der Bezirksgruppe Favoriten begrüßen, die gekommen waren, um die schöne Fahrt im Bild noch einmal zu erleben.

Nun berichtete Genosse Kölbl ausführlich über den Verlauf der Bundeshauptversammlung, die am 10. und 11. März 1973 durchgeführt wurde. Dieser Bericht wurde mit großem Interesse aufgenommen. Nach einer kurzen Diskussion über die Berichte wurde auf Antrag der Kontrolle dem scheidenden Ausschuß die Entlastung erteilt.

Dann folgte die Wahl des neuen Bezirksgruppenausschusses, wobei folgende Genossinnen und Genossen vorgeschlagen und einstimmig gewählt wurden:

- | | |
|----------------|--|
| 1. Obmann: | Genosse Willy Jeindl |
| 2. Obmann: | Genosse Heinrich Kölbl |
| Schriftführer: | Genosse Eugen Skala |
| Kontrolle: | Die Genossin Margit Czernetz und Genosse Leopold Starkl. |

Als Vertreter des Antifaschistischen Jugendkontaktkomitees wurde Genosse Werner Peter Gottschall in den Bezirksgruppenausschuß kooptiert.

Es folgte nun das Referat des Genossen Hans Brosch über die derzeitige politische Lage, die kommenden Aufgaben der Partei sowie über wichtige Bezirksangelegenheiten.

Nach dem Referat sprach der Bezirksobmann unserem Genossen Jeindl die Glückwünsche zu dessen 70. Geburtstag aus und überreichte ihm in Anerkennung seiner mehr als 50jährigen Tätigkeit als Funktionär der Partei, aber auch seines 25jährigen Wirkens als Obmann der Bezirksgruppe Neubau des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer die Victor-Adler-Plakette.

Da zum Punkt „Allfälliges“ keine Wortmeldungen erfolgten, begann nun unsere Genossin Emmi Humer, unterstützt von Genossen Heinrich Kölbel, ihren Lichtbildervortrag mit ganz neuen Bildern von unserer Gedenkfahrt nach Buchenwald und Lidice. Der Vortrag wurde mit großem Beifall bedankt. Dann wurde die Versammlung mit „Niemals vergessen!“ und „Freundschaft!“ beendet.

Hietzing

Ferdinand Himsl †. Unser langjähriges Mitglied Genosse Ferdinand Himsl ist von uns gegangen. Er war viele Jahre Funktionär und kam schon in seiner Jugend zur Partei, wo er sich in vielen Funktionen bewährte. Und so war es für ihn auch eine Selbstverständlichkeit, dem Republikanischen Schutzbund als aktives Mitglied beizutreten.

Genosse Himsl mußte seinen Kampf für Recht und Freiheit mit seiner eigenen Freiheit bezahlen: Er war lange Jahre in Stein inhaftiert. Aber nach dem Zusammenbruch des blutigen Nazi-Spuks war Genosse Himsl sofort wieder in den Reihen seiner Kampfgefährten und betätigte sich als eifriger Mitarbeiter. Darüber hinaus beschäftigte er sich intensiv mit Fragen der Wirtschaft, und viele Genossen unter uns kennen ihn auch als einen überaus fleißigen Dichter und Schriftsteller.

Wir werden unserem Genossen Ferdinand Himsl ein bleibendes Andenken bewahren.

Floridsdorf

Josef Rienöbl †. Am Sonntag, dem 27. Mai 1973, verstarb plötzlich und unerwartet unser Genosse Josef Rienöbl im Alter von 73 Jahren. Er war einer von jenen überzeugten



Genossen, die schon seit ihrer Jugend in den Reihen der Arbeiterschaft für den Aufstieg seiner Klasse, für die hohen Ideale des Sozialismus, für Freiheit und Demokratie gekämpft haben. Und als es im Februar 1934 galt, dem Angriff der Austrofaschisten entgegenzutreten, da zögerte Genosse Rienöbl nicht, gegen Faschismus und Unterdrückung auch selbst zur Waffe zu greifen. In der Feuerhalle Wien-Stammersdorf versammelten sich am Freitag, dem 1. Juni 1973, viele Freunde, Bekannte und Kampfgefährten, um von unserem Genossen Rienöbl für immer Abschied zu nehmen. Die Sozialistische Partei würdigte in einem tiefempfundenen Nachruf das Leben und die Arbeit,

die er in zahlreichen Funktionen bis zuletzt für unsere Idee geleistet hatte, und dankte ihm für seine unermüdete Mitarbeit. Er hatte auch das Goldene Ehrenabzeichen der Partei in Würdigung seiner Gesinnungstreue erhalten.

Für die Bezirksgruppe nahm unser Genosse Richard Grohs von Genossen Rienöbl Abschied und legte an der Bahre ein Blumengebinde nieder, dessen Schleife die mahnenden Worte „Niemals vergessen!“ trug. Dann senkte sich der Sarg unter den gedämpften Klängen des Liedes der Arbeit.

Die Beisetzung der Urne fand am Mittwoch, dem 6. Juni 1973, um 11 Uhr auf dem Friedhof Großjedlersdorf statt.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Sprechstunden unseres Sozialreferenten. Im Einvernehmen mit unseren Bezirksgruppen werden von unserem Sozialreferenten Genossen Hofmeister jeweils im ersten Quartalsmonat Sprechstunden abgehalten.

Mödling, Hauptstraße 42, am Samstag, dem 6. Oktober 1973, von 9.30 bis 11 Uhr.

St. Pölten, Prandtauerstraße 4, am Freitag, dem 5. Oktober 1973, von 9 bis 11 Uhr.

Die Sprechstunden unseres Sozialreferenten sind für alle unsere Mitglieder in Niederösterreich zugänglich.

*

Berichte über Veranstaltungen. Wir empfehlen allen Genossinnen und Genossen, die die Funktion des Schriftführers

ausüben, ihre Berichte über die Vereinstätigkeit der Bezirksgruppen oder auch Personelles (Ehrungen, Jubiläen, Sterbefälle) direkt an die Redaktion unserer Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ zu senden. (Löwelstraße 18, 1014 Wien.)

Oberösterreich

Eine Gratulation für Wilhelm Zimmermann. Am 24. April 1973 feierte der Ehrenobmann des Bezirks, Genosse Wilhelm Zimmermann, seinen 90. Geburtstag! Und zu diesem seltenen Fest wollen wir unsere herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck bringen.

Genosse Zimmermann hat ein ganzes Stück Geschichte der Arbeiterbewegung bewußt miterlebt und mitgestalten geholfen. Die Partei hat den Jubilar durch die Verleihung der Victor-Adler-Plakette geehrt, und seine Tätigkeit in der sozialistischen Bewegung ist durch viele andere Auszeichnungen und Ehrungen gewürdigt worden. Noch bis vor kurzem war unser Willy auch Bezirksobmann der Rentner und Pensionisten im Bezirk Braunau!

So bleibt uns nur zu wünschen übrig, daß Genosse Wilhelm Zimmermann noch lange in voller Rüstigkeit und Frische die Arbeit und das Wirken all der Organisationen verfolgen möge, denen er so viele Jahrzehnte seines Lebens als Funktionär gewidmet hat: Auf dem Weg zu unserem gemeinsamen Ziel, dem Sozialismus. „Freundschaft!“ Genosse Zimmermann!

*

Landeshauptversammlung. In der am 5. Mai 1973 im Hotel „Schiff“ abgehaltenen Landeshauptversammlung konnte Landesobmann Genosse Adalbert Meissner auch Genossin Edith Döbesberger und den Landesparteiensekretär Genossen Leo Habringer begrüßen. Nach einem kurzen Nachruf für die im Berichtszeitraum verstorbenen Mitglieder berichtete der Landesobmann sowohl über die Tätigkeit im Opferbeirat bei der Landesregierung als auch über den guten Kontakt zu den Behörden- und Parteinstanzen. Genosse Meissner teilte auch mit, daß für den Herbst ein Antifaschistisches Jugendseminar geplant ist, welches im ÖGB-Bildungsheim „Jägermayrhof“ in Linz abgehalten werden soll.

Dann berichtete der Schriftführer Genosse Josef Hirsch, daß an 74 Sprechtagen 185 Interventionen eingeleitet und bis auf drei Fälle auch positiv erledigt werden konnten. Die Korrespondenz umfaßte 2135 Poststücke.

Dann folgten die Wahlen in den neuen Landesvorstand; einstimmig wurden folgende Genossen gewählt:

- | | |
|-----------------------|---|
| 1. Landesobmann: | Genosse Adalbert Meissner |
| 2. Landesobmann: | Genosse Johann Fuchs |
| 1. Schriftführer: | Genosse Josef Hirsch |
| 2. Schriftführer: | Genosse Otto Kriegisch |
| 1. Landeskassier: | Genosse Fritz Dametz |
| 2. Landeskassier: | Genosse August Grammer |
| Kontrolle: | Die Genossen Heinrich Brummer, Josef Schramayr und Alois Wiesner. |
| Jugendkontaktkomitee: | Die Genossen Josef Bauernberger, Otto Kriegisch, Karl Pesendorfer und Horst Simmer. |
| Bezirksvertreter: | Die Genossen Johann Buttinger (Braunau), Matthias Mühlböck (Seyr) und Heinrich Brummer (Vöcklabruck). |

Nach der Neuwahl hielt Genosse Robert Blau vom Bundesvorstand ein Referat, in welchem er auf die Entstehungsgeschichte unseres Bundes und die Entwicklung des Opferfürsorgegesetzes einging. Er wies auf die Aufgaben des Bundes in der Bekämpfung des Neofaschismus ganz besonders hin und stellte mit Genugtuung fest, daß auch hier in Oberösterreich Aktionen gegen diese Gefährdung der Demokratie gesetzt werden. Er begrüßte in diesem Zusammenhang das geplante Jugendseminar, welches sicherlich vom Bundesvorstand unterstützt werden wird.

Dann wurde an folgende Mitglieder das ihnen vom Bundesvorstand verliehene Goldene Abzeichen überreicht: Adalbert Meissner, Gertrude Grill, Ernst Lauf, Josef Lang, Karl Math, Rudolf Oberhaidinger, Robert Schachermayr, Franz Stipanek und Karl Wernbacher sowie posthum auch an Genossen Franz Meier, der zwei Wochen vor der Landeshauptversammlung verstorben ist.

Nach einem kurzen Appell des Landesobmannes an die Versammlungsteilnehmer, an den Vorarbeiten für die Herbstwahlen aktiv mitzuarbeiten, wurde die Landeskonzferenz mit dem Lied der Arbeit geschlossen.

Salzburg

Landeshauptversammlung. In der Landeshauptversammlung am 11. Februar 1973* wurden folgende Funktionäre gewählt:

- | | |
|-------------------|--|
| 1. Landesobmann: | Genosse Ferdinand Putz |
| 2. Landesobmann: | Genosse Otto Seifried |
| Kassier: | Genosse Josef Heuberger |
| Schriftführer: | Genosse Eduard Kittl |
| Kontrolle: | Die Genossen Franz Fritzenwanker (Saalfelden) und Albert Mitsche (Hallein) |
| Bezirksvertreter: | Die Genossen Franz Fritzenwanker, Saalfelden (Pinzgau), Sepp Fuchs, Bischofshofen (Pongau), Hans Holleis, Badgastein (Pongau), Albert Mitsche, Hallein (Tennengau) und Otto Seifried, Salzburg (Salzburg-Stadt). |

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 1/2/3, Jänner/Februar/März 1973, Seite 11.

Hr.
Marsal Viktor
Fultonstr. 5-11/1/1/3
1210

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- | | |
|--|----------------------------------|
| 1, Werdertorgasse 9 | Jeden 1. u. 3. Mo. |
| 2, Praterstern 1 | Di. 16 bis 18 Uhr |
| 3, Landstraßer Hauptstraße 96 | Mi. 17 bis 19 Uhr |
| 4, Wiedner Hauptstraße 60 b | Mo. 18 bis 19 Uhr |
| 5, Kohlgasse 27 | Mi. 18 bis 19 Uhr |
| 6, Otto-Bauer-Gasse 9 | Do. 19 bis 20 Uhr |
| 7, Neubaugasse 25 | Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr |
| 8, Josefstädter Straße 39 | Do. 17 bis 18 Uhr |
| 9, Marktgassee 2/I | Di. 16 bis 18 Uhr |
| 10, Laxenburger Str. 8/10/I | Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr |
| 11, Simmeringer Hauptstraße 80 | Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr |
| 12, Ruckergasse 40 | Mi. 17 bis 18 Uhr |
| 13, Jodlgasse 7/III | Do. 17.30 bis 18.30 Uhr |
| 14, Linzer Straße 297 | Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr |
| 15, Hackengasse 13 | Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr |
| 16, Zagorskigasse 6 | Do. 17.30 bis 19 Uhr |
| 17, Röttergasse 29 (Sekretariat der Mietervereinigung) | Mo. 17 bis 18 Uhr |
| 18, Gentzgasse 62 | Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr |
| 19, Billrothstraße 34 | Di. 17 bis 19 Uhr |
| 20, Raffaelgasse 11 | Do. 18 bis 20 Uhr |
| 21, Prager Straße 9, 1. Stock | Jeden 2. Mo. 17 bis 18.30 Uhr |
| 22, Donaufelder Straße 259 | Jeden 2. Mo. 18 bis 19 Uhr |
| 23, Breitenfurter Straße 358 | Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr |

in unseren Fachgruppen

Polizei: Telefon 63 06 71/243

- | | |
|--------------------------|--------------------|
| 1, Postgasse 9, 1. Stock | |
| Fachauschuß | Montag bis Freitag |
| der Sicherheitsbeamten | 8 bis 16 Uhr |

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- | | |
|----------------------------------|------------------|
| Baden, Wassergasse 31, | Jeden 1. Freitag |
| Bezirkssekretariat der SPÖ | 10 bis 12 Uhr |
| Mödling, Hauptstraße 42, | Jeden 1. Samstag |
| Bezirkssekretariat der SPÖ | 9.30 bis 11 Uhr |
| Wien Neustadt, Wiener Straße 42, | Jeden 1. Samstag |
| Bezirkssekretariat der SPÖ | 10 bis 12 Uhr |
| St. Pölten, Prandtauerstraße 4, | Jeden 1. Freitag |
| Bezirkssekretariat der SPÖ | 9 bis 11 Uhr |
| Schwechat, Rathausplatz 7 | Jeden 1. Freitag |
| Bezirkssekretariat der SPÖ | 14.30 bis 16 Uhr |

Burgenland:

- | | |
|-------------------------------|--------------------|
| Eisenstadt, Permayerstraße 2, | |
| Bezirkssekretariat der SPÖ | Tägl. 9 bis 12 Uhr |

Kärnten:

- | | |
|---|-------------------------------|
| Klagenfurt, Bahnhofstraße 44, | |
| II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Arbeiterkammergebäude | Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr |

Oberösterreich:

- | | |
|----------------------------------|--------------------|
| Linz, Landstraße 36/I, Zimmer 3, | Jeden 1. u. 3. Mi. |
| Hotel „Schiff“, Hoftrakt | 16 bis 18 Uhr |
| Steyr, Damberggasse 2, | Jeden 1. Di. |
| Gasthof Gamsjäger | 16 bis 17 Uhr |

Salzburg:

- | | |
|---|--------------------------------|
| Salzburg, Arbeiterheim, Zimmer 30, Paris-Lodron-Straße 21 | Jeden Di. und Fr. 8 bis 10 Uhr |
|---|--------------------------------|

Steiermark:

- | | |
|----------------------------|-------------------|
| Graz, Südtiroler Platz 13, | Jeden 1. Mittwoch |
| Zimmer 17 | 17 bis 19 Uhr |

- | | |
|--|---------------------------------|
| Bruck an der Mur, Schillerstraße 22 | |
| Kapfenberg, Volksheim (Zimmer 14), Wiener Straße | Jeden 2. Mittwoch 18 bis 19 Uhr |

Tirol:

- | | |
|--------------------------------|--|
| Kufstein, Hötzendorferstraße 4 | |
|--------------------------------|--|

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer 25. September 1973